

Substanzielles Protokoll 27. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. Dezember 2018, 17.00 Uhr bis 19.25 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Elena Marti (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Dr. Urs Egger (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|-------------------|--|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 11. | <u>2018/351</u> | Weisung vom 19.09.2018:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudgets) | FV |
| 18. | <u>2018/481</u> A | Postulat von Mischa Schiow (AL) und Marianne Aubert (SP)
vom 05.12.2018:
Nutzung des Migros-Provisoriums an der Kreuzstrasse in
Zürich-Hottingen als Quartier- und Begegnungszentrum sowie
als Übungs- und Veranstaltungsort | FV |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

692. 2018/351

Weisung vom 19.09.2018:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

- 1 a. Das Budget der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung für das Jahr 2019 wird genehmigt.
- 1 b. Die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2019 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 17 294 100.– nach erfolgter Lohnrunde 2019 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
4. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2018/33, von Marcel Bührig (Grüne) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 31. Januar 2018 betreffend Globalbudgets Alterszentren und Pflegezentren, Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe «Personalschlüssel in der Pflege», wird als erledigt abgeschrieben.
5. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2019 wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Stiftung mit den Budgetnachträgen im November genehmigt.
6. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.
7. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.
8. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen – Einfach Wohnen für das Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.
9. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2019 mit zwei Produktgruppen wird vorbehältlich der Vorlage des Budgets dieser Anstalt mit den Budgetnachträgen im November zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2019, Vorlage des Stadtrats vom 19.09.2018
- Produktgruppen-Globalbudgets, Vorlage des Stadtrats vom 19.09.2018

- Novemberbrief vom 07.11.2018
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 03.12.2018
- Anträge der RPK vom 03.12.2018, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Raphaël Tschanz (FDP)

(Fraktionserklärungen siehe Sitzung Nr. 26 Beschluss-Nrn. 682/2018–687/2018)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): *Mit der Digitalisierung sollen das Papier und der Druck nicht verschwinden, aber abnehmen. Durch einen sukzessiven Abbau planen wir in den nächsten fünf Jahren eine Reduktion der Kosten von jährlich zehn Prozent. In vielen Dienstabteilungen erfolgten bereits Kürzungen: Wenn eine Dienstabteilung beispielsweise bereits drei Prozent einsparte, soll die entsprechende Dienstabteilung im nächsten Jahr nur noch sieben Prozent einsparen müssen. So werden alle Dienstabteilungen ihre Druckkosten um zehn Prozent reduzieren. Auf diese Weise können wir die Früchte der Digitalisierung ernten, die in allen Dienstabteilungen, nicht nur Koordinationsteams, stattfinden soll.*

Dorothea Frei (SP): *Solche Tabellen haben es in sich. Gewisse Kürzungen sind durchaus vernünftig. So sind die 2600 Franken bei den Friedensrichterämtern bestimmt gut abgeklärt und begründet. Wenn es jedoch um die Gemeinde geht, handelt es sich um eine andere Frage. Im nächsten Jahr werden fünf Abstimmungen stattfinden, unter anderem auch die Kantons-, Regierungs-, Stände- und Nationalratswahlen. Weil es mindestens fünf Abstimmungen sein werden, wurde das Geld erhöht. Papier kann reduziert werden, was auch die Stadtkanzlei macht. Trotzdem müssen sie gewisse Entscheide publizieren. Dabei fallen Kosten an, auch wenn die Publikationen online erfolgen. Verschiedene Konti können gekürzt werden. Ein grosser Teil aber erklären sich über Amtshandlungen und können deswegen nicht gekürzt werden.*

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): *Während Tabellenanträge stets zur Paradedisziplin der GLP gehörten, war das in diesem Jahr aus mehreren Gründen nicht der Fall. Es war hauptsächlich wegen der Umstellung auf das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 (HRM2) schwieriger, einen Mehrjahresvergleich aufzustellen. Auch wenn die Daten für das Jahr 2018 vorhanden sind, sind diese nicht stets konsistent, auch weil es teilweise Verbuchungen auf andere Konti gab und zu Übertragungen kam. Wir befanden uns zwar in der Minderheit, entdeckten aber im Nachhinein einige kosmetische Fehler in der Liste. Wir können nicht hinter jeder Kürzung stehen, weshalb wir nun zur Mehrheit wechseln.*

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3102 00 000 **Drucksachen, Publikationen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		902 800		Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung: Durch Digitalisierung sollte über die nächsten Jahre diese Ausgabe halbiert werden können, daher 10 % Kürzung 2019; keine Kürzungen bei Dienstabteilungen, die gegenüber 2018 unter 10 % liegen; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle				

3102 00 000 Drucksachen, Publikationen					
Insti- tution	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1000	Gemeinde	105 000	0	10 500	94 500
1010	Ombudsfrau	30 500	0	3 100	27 400
1020	Stadtkanzlei	759 000	0	47 900	711 100
1070	Betreibungsämter	292 300	0	27 300	265 000
1080	Friedensrichterämter	25 700	0	2 600	23 100
1500	PRD Departementssekretariat	19 000	0	1 900	17 100
1505	Stadtentwicklung	105 000	5 000	11 000	99 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	64 000	0	6 400	57 600
1510	Kultur	909 400	0	26 900	882 500
1530	Bevölkerungsamt	356 000	0	35 600	320 400
1565	Stadtarchiv	20 000	0	2 000	18 000
2015	Finanzverwaltung	27 300	0	2 700	24 600
2021	Liegenschaftenverwaltung	96 000	0	9 600	86 400
2080	Organisation und Informatik	164 500	0	16 500	148 000
2506	Blaue Zonen	30 000	0	3 000	27 000
2520	Stadtpolizei	844 500	0	84 500	760 000
2525	Stadtrichteramt	39 000	0	3 900	35 100
2550	Schutz & Rettung	353 000	0	35 300	317 700
3000	GUD Departementssekretariat	36 000	0	3 600	32 400
3010	Städtische Gesundheitsdienste	167 800	0	16 800	151 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	192 700	0	19 300	173 400
3515	Tiefbauamt	388 400	0	38 800	349 600
3550	ERZ Abfall	648 400	0	56 700	591 700
3555	ERZ Fernwärme	183 500	0	7 400	176 100
3560	ERZ Stadtreinigung	212 000	0	20 500	191 500
4000	HBD Departementssekretariat	325 000	0	32 500	292 500
4015	Amt für Städtebau	141 000	0	14 100	126 900
4020	Amt für Hochbauten	172 000	0	17 200	154 800
4035	Amt für Baubewilligungen	144 000	0	14 400	129 600
4500	DIB Departementssekretariat	20 000	0	2 000	18 000
4540	Verkehrsbetriebe	4 173 500	0	133 300	4 040 200
5000	SSD Departementssekretariat	120 700	0	12 100	108 600
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	19 000	0	1 900	17 100
5010	Schulamt	317 100	0	29 600	287 500
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	119 000	0	11 900	107 100
5050	Schulgesundheitsdienste	77 700	0	7 800	69 900

5063	Fachschule Viventa	187 700	0	15 800	171 900
5510	Support Sozialdepartement	90 500	0	9 100	81 400
5515	Amt für Zusatzleistungen	106 000	0	10 600	95 400
5520	Laufbahnzentrum	272 300	0	22 500	249 800
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	54 000	0	5 400	48 600
5550	Soziale Dienste	510 000	0	51 000	459 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	178 200	0	17 800	160 400
	Total	13 096 700	5 000	902 800	12 198 900

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 002.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Severin Pflüger (FDP): Bei den Dienstleistungen Dritter nehmen wir ebenfalls Kürzungen vor. Wir gehen von den Departementen aus, in denen gegenüber dem Jahr 2018 eine Steigerung erfolgte. Diese Steigerung ist teilweise gerechtfertigt. Aber vom Zuwachs wollen wir nur die Hälfte gewähren. Wir sind der Meinung, dass bei eingekauften Dienstleistungen generell ein Spargedanken berücksichtigt werden muss. Für dieses Vorgehen gibt es einen guten Grund: Wenn auf das Personal hingewiesen wird, flüchtet die Stadt mit ihren Aufgaben zu Dritten. Wenn dann dort auf das Personal aufmerksam gemacht wird, stellt die Stadt mehr Personal ein. Auf beide Seiten soll nun ein leichter Druck ausgeübt werden.

Dorothea Frei (SP): Auch hier finden sich Konti, die nicht oder nicht zusätzlich reduziert werden sollten. So etwa das Finanzdepartement, das bereits mit dem Novemberbrief 24 000 Franken reduzierte. Amtshandlungen werden nicht berücksichtigt: Die grössten Kosten im Stadtrichteramt beispielsweise sind Betreuungskosten und Postgebühren, was nicht gekürzt werden kann. Bei den Gesundheitsdiensten bestehen die höchsten Kosten aus den Telefonportis und auch die diagnostischen Fremdleistungen sind bereits budgetiert. Für Immobilien Stadt Zürich (IMMO) wurde der Betrag für Mehrausgaben gegen Vandalismus erhöht. Diese Entfernung ist im Sinn von uns allen.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): Auch in diesem Antrag finden sich technische Mängel. Beispielsweise kommt es in der Kultur zu einer Erhöhung, die saldoneutral ist: Es geht um Kunming, eine Streichung macht keinen Sinn und in der Dienstabteilung Verkehr (DAV) sind Sicherheitsmassnahmen budgetiert, die nicht gestrichen werden können.

S. - 10
3130 00 000 **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

903 700

Minderheit Severin Pflüger (FDP)
Referent, Präsident
Raphaël Tschanz (FDP),
Peter Schick (SVP)
Enthaltung Shaibal Roy (GLP)
Abwesend Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Sofern gegenüber 2018 eine Budgeterhöhung beantragt, wird diese nur zu 50 % gewährt. Zusätzliche Aufgaben sollen ins Budget eingebettet werden und mindestens zur Hälfte durch Einsparung finanziert werden. Ausgenommen wurden geschlossene Rechnungskreise und begründete Ausnahmen; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3130 00 000 Dienstleistungen Dritter					
Insti- tution	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1505	Stadtentwicklung	1 362 000	40 000	102 500	1 299 500
1565	Stadtarchiv	175 000	0	25 900	149 100
2000	FD Departementssekretariat	47 700	- 24 200	6 000	17 500
2015	Finanzverwaltung	207 000	0	93 000	114 000
2050	HR Stadt Zürich	827 800	0	119 600	708 200
2080	Organisation und Informatik	7 700 200	0	17 800	7 682 400
2500	SID Departementssekretariat	42 800	0	700	42 100
2525	Stadtrichteramt	3 889 200	0	221 200	3 668 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	1 190 000	0	59 000	1 131 000
3000	GUD Departementssekretariat	65 000	0	9 600	55 400
3010	Städtische Gesundheitsdienste	1 476 100	20 000	42 700	1 453 400
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	146 300	0	7 700	138 600
3515	Tiefbauamt	9 840 100	0	2 900	9 837 200
4000	HBD Departementssekretariat	90 000	0	3 900	86 100
4035	Amt für Baubewilligungen	260 900	0	2 300	258 600
4040	Immobilien Stadt Zürich	7 299 000	0	103 900	7 195 100
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	191 500	0	35 000	156 500
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	2 070 000	0	50 000	2 020 000
	Total	36 880 600	35 800	903 700	36 012 700

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 003.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Peter Schick (SVP): In früheren Budgetdebatten wurde «Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.» an «Dienstleistungen Dritter» gekoppelt, nach der Umstellung auf HRM2 wird das nun getrennt behandelt. Wir wollen in diesem Bereich eine Verbesserung von knapp über 2 Millionen Franken erzielen. Die verschiedenen Dienstabteilungen stellen in den Konti für die Budgets jeweils mehr ein. Dem sollte Einhalt geboten werden. Sofern gegenüber dem Jahr 2018 eine Budgeterhöhung beantragt wurde, wird diese nur zu fünfzig Prozent gewährt. Zusätzliche Aufgaben sollen in das Budget eingebettet werden und mindestens zur Hälfte durch Einsparungen finanziert werden. Ausgenommen sind geschlossene Rechnungskreise und begründete Ausnahmen.

Dorothea Frei (SP): Auch hier gibt es einige Konti, die gekürzt werden können, was auch im Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zum Ausdruck kam, andere Anträge aber nicht, wie beispielsweise die Automatisierung und Harmonisierung von Zahlungen, für die die Finanzverwaltung einen Antrag stellte. Das gilt auch für die Gewässerraum-Festlegung: eine kantonale Aufgabe, die zu erledigen ist und einen Mehraufwand bedeutet.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): In der Organisation und Informatik (OIZ) soll eine Gesamtbeschaffung für die Koordination der verschiedenen HR- und IT-Systeme stattfinden. Das unterstützen wir explizit: Die jetzt grössere Investition wird mittelfristig zu einem Effizienzgewinn führen. Diese sinnvolle Investition sollte nicht gekürzt werden.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3132 00 000 **Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		2 035 900		Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
				Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Sofern gegenüber 2018 eine Budgeterhöhung beantragt, wird diese nur zu 50 % gewährt. Zusätzliche Aufgaben sollen ins Budget eingebettet werden und mindestens zur Hälfte durch Einsparung finanziert werden. Ausgenommen wurden geschlossene Rechenkreise und begründete Ausnahmen; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.					
Insti- tution	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1505	Stadtentwicklung	368 000	157 000	81 500	443 500
1575	Statistik Stadt Zürich	80 000	0	5 000	75 000
2000	FD Departementssekretariat	210 000	0	22 500	187 500
2015	Finanzverwaltung	369 000	0	24 500	344 500
2080	Organisation und Informatik	28 949 800	1 664 000	871 500	29 742 300
2520	Stadtpolizei	3 113 700	- 35 000	126 000	2 952 700
2525	Stadtrichteramt	496 100	0	48 200	447 900
2550	Schutz & Rettung	900 800	0	119 700	781 100
3000	GUD Departementssekretariat	610 000	50 000	64 700	595 300
3515	Tiefbauamt	5 000 000	246 000	86 200	5 159 800
4000	HBD Departementssekretariat	1 045 300	0	114 400	930 900
4015	Amt für Städtebau	1 386 100	200 000	125 000	1 461 100
4020	Amt für Hochbauten	353 400	0	16 700	336 700
5010	Schulamt	1 225 900	0	39 200	1 186 700
5050	Schulgesundheitsdienste	10 600	0	2 300	8 300
5500	SD Departementssekretariat	594 600	0	3 800	590 800
5510	Support Sozialdepartement	1 458 000	0	154 000	1 304 000
5515	Amt für Zusatzleistungen	114 000	0	7 500	106 500
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	850 000	0	45 000	805 000

5550	Soziale Dienste	485 000	0	7 500	477 500
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	213 400	0	70 700	142 700
	Total	47 833 700	2 282 000	2 035 900	48 079 800

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Gemeinsame Behandlung der Anträge 004. und 005.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dorothea Frei (SP): Im Jahr 2019 wird zwei Mal gewählt. In den Gemeinderatswahlen in diesem Frühling waren viele Stimmen und gesamte Wahlcouverts ungültig. Die Wahlcouverts enthalten spezielle Informationen. Wir wollen aber, dass die Neuwähler zusätzlich einen Brief erhalten, in dem erklärt wird, wie die Wahlcouverts zu nutzen sind.

Severin Pflüger (FDP): Die Wähler sollten über den Umgang mit den Wahlcouverts informiert werden, was auch bei den letzten Wahlen erwiesen wurde. Wir glauben aber, dass ein zusätzlicher Brief das falsche Instrument ist. Denn es sind nicht nur die Neuwähler, die Probleme beim korrekten Wählen haben, sondern auch die bestehenden Wähler. Wir brauchen generell bessere Informationen zu den Wahlen. Es besteht heute bereits eine Wahlanleitung, die mitgeschickt wird. Ausserdem wird das Projekt Abstimmungszeitung-Plus aufgelegt, das sich der Problemstellung annimmt.

Weitere Wortmeldungen:

Ernst Danner (EVP): Wir unterstützen den Minderheitsantrag, weil wir nicht glauben, dass ein solcher Brief hilft. Denn wenn bereits die Informationen im Wahlcouvert nicht helfen, kann auch ein separater Brief nicht helfen. Es wäre durchaus möglich, die Informationen im Couvert optisch aufzubereiten, sodass der gewünschte Effekt ohne Mehrkosten erzielt werden kann.

Isabel Garcia (GLP): Wir unterstützen die Mehrheit, weil wir der Auffassung sind, dass ein solcher Aufwand notwendig ist. Die vom statistischen Amt publizierten Zahlen beweisen das.

S. 102 10
1000
3130 00 000

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG
Gemeinde
Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
004.	Antrag Stadtrat			1 780 000	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
			30 000	1 810 000	Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

Abwesend Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Brief an alle Neu-Wählerinnen und -Wähler mit Informationen über den Umgang mit Stimm- und Wahlzetteln

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 005.

Wortmeldungen siehe Antrag 004.

S. 103	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
	1000	Gemeinde				
	3900 00 000	Interne Verrechnung von Material- und Warenbezügen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat				530 000 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
				5 000	535 000 Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
			Begründung: Brief an alle Neu-Wählerinnen und -Wähler mit Informationen über den Umgang mit Stimm- und Wahlzetteln			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 006.

Kommissionsreferentin:

Dorothea Frei (SP): Erklärvideos sollen eingeführt werden, damit die Vorlagen nicht nur schriftlich dokumentiert werden. Die Abstimmungen sollen so im Video-Format den Wählern nähergebracht werden. Die Stadtkanzlei budgetierte zu viel, da das Projekt noch nicht so weit ist, wie ursprünglich geplant war. Darum verzichtet sie auf den Betrag von 80 000 Franken.

S. 102	10 1000 3130 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinde Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat		80 000		1 780 000 1 700 000	Zustimmung
						Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Elisabeth Liebi (SVP)
					Abwesend	
			Begründung: Geringerer Bedarf für Erklärvideos			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 122 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 007.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Wir sind nicht generell gegen Dienstleistungen Dritter, aber auch nicht generell gegen interne Verrechnung. Bei diesem Antrag wird es jedoch ein wenig zu bunt, darum bitten wir, dem Antrag der Minderheit zu folgen.*

Dorothea Frei (SP): *Die 200 000 Franken, die eingestellt werden sollen, entsprechen einem hohen Betrag, der mit der Anpassung der Website aufgrund der anstehenden Wahlen begründet wird. Wir halten es für vernünftig, die Regierungs-, Kantons-, National- und Ständeratswahlen auf der Website entsprechend korrekt zu publizieren.*

S. 103	10 1000 3910 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gemeinde Interne Verrechnung von Dienstleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat				922 500	Mehrheit
			200 000		722 500	Minderheit
					Abwesend	
			Begründung: Der Bezug der Dienstleistungen steigt zu stark: Zunahme um die Hälfte kürzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 008.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Severin Pflüger (FDP): Das Personalbudget der Finanzkontrolle beträgt 2,7 Millionen Franken. Das sind Menschen, die den Betrieb der Stadt, aber auch alle Betriebe, die zur Stadt gehören, kontrollieren und prüfen, ob die internen Richtlinien und die Grundsätze der städtischen Buchhaltung eingehalten werden. Das ist ein sehr wichtiges Instrument für unsere ständigen Kommissionen. Die Finanzkontrolle erstellt vier Mal pro Jahr Prüfungsberichte; eine wichtige Grundlage, um einzuschätzen, in welchen Verwaltungsstellen was geschieht oder wo etwas geschieht, das nicht sein sollte. Auch für den Stadtrat ist sie ein wichtiges Instrument, weil so seine Departemente und Dienststellen von einem Dritten kontrolliert werden. Wir stellen fest, dass der Finanzkontrolle stets mehr und komplexere Aufgaben gestellt werden; auch im Bereich der IT- oder HR-Revision, wo sie an Grenzen kommen kann und entsprechende Spezialisten rekrutieren muss. Zum Bedarf an Spezialisten läuft eine interne Analyse. Mit der Budgeterhöhung möchten wir die Möglichkeit schaffen, dass im Laufe des nächsten Jahres je nach dem ausgewiesenen Bedarf zwischen einem und drei Mitarbeitern angestellt werden können.

Dorothea Frei (SP): Wir sind auch der Meinung, dass die Finanzkontrolle auf mehr Personal angewiesen ist. Die laufende interne Analyse soll abgeschlossen werden. Wenn sie zum Schluss kommt, dass zwei oder drei neue Stellen geschaffen werden müssen, sind wir bereit, dem zuzustimmen. Wir wollen die Stellen jedoch nicht vor der Fertigstellung der Analyse sprechen.

S. 106 10 BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG
1007 Finanzkontrolle
3010 00 000 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
008.	Antrag Stadtrat			2 769 600 Minderheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Renate Fischer (SP), Peter Schick (SVP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			150 000	2 919 600 Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Shaibal Roy (GLP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Schaffung von neuen Stellen gemäss laufender interner Analyse			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 009.

Kommissionsreferentin:

Dorothea Frei (SP): Es geht um die Stelle des Datenschutzbeauftragten: Es wurde vergessen, zu budgetieren, dass nach einem Mutterschaftsurlaub Gelder von der Versicherung zurückbezahlt werden. Darum kann das Budget um 19 200 Franken verbessert werden.

S. -	10 1035 3010 00 900	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Datenschutzbeauftragte/r Erstattung von Lohn des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat	19 200		0 -19 200	Zustimmung
				Abwesend	Dorothea Frei (SP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Falsch budgetiert			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 010.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Severin Pflüger (FDP): Die Stadt hat über 20 000 Stellen und einen Stellenplan, mit dem genau bestimmt wird, in welchen Dienstabteilungen und Departementen wie viele Stellen vorhanden sind. Aus Sicht des Stadtrats ist der Idealzustand, wenn alle Stellen besetzt sind. Über die ganze Stadt hinweg sind jedoch nie alle Stellen besetzt. So besteht stets ein Delta zwischen dem Budgetierten und der Rechnung. Wir sind der Meinung, dass dieses Delta teilweise gekürzt werden kann. Wir sehen ein, dass es keine leichte Aufgabe für den Stadtrat ist, da er bei jedem einzelnen Departement voraussehen müsste, wo Vakanzten bestehen und ob diese gleich besetzt werden können. Fakt ist, dass es eine gewisse Anzahl von Stellen gibt, die während einer gewissen Zeit nicht besetzt sind. Das sollte gekürzt und das Budget näher an die Realität gebracht werden. Die freien Stellen werden von unten nach oben berichtet, so wissen wir, dass die Kürzungen zu keinen grossen Schwierigkeiten führen sollten. Es handelt sich um einen Beitrag an die Budget-Kosmetik: Wir bringen das Budget um 20 Millionen Franken näher an die eigentliche Rechnung.

Felix Moser (Grüne): Der Antrag war in den vergangenen Jahren deutlich tiefer: Jetzt ist er etwa doppelt so hoch, wie in den meisten der letzten Jahre. Die Grünen halten das für eine zu starke Erhöhung: Der Druck wird massiv grösser, so dass der Stadtrat in seinen Departementen und Dienstabteilungen Stellen verzögert oder nicht besetzen wird. Das halten wir für ein falsches Signal, weshalb wir den Antrag nicht unterstützen können.

Weitere Wortmeldung:

Shaibal Roy (GLP): Auf Hinweise des Finanzvorstandes hin liessen wir uns darüber informieren, wie das Monitoring funktioniert. Wir stellten fest, dass heute das HR-Controlling nicht mehr notwendig ist. Die 20 Millionen Franken stellen nicht einen Betrag dar, bei dem die Stadtverwaltung nun eruieren müsste, wo gekürzt werden müsste. Alle leisten ihren Beitrag und stellen das Monitoring sicher. Auch mit 20 Millionen Franken sind die Vakanzen noch nicht ausgeschöpft. Wir hoffen, dass wir in Zukunft nicht weiter einschneidend vorgehen müssen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die Pauschalkürzungen der letzten zehn Jahre kann man unterscheiden zwischen denen bis ins Jahr 2014 und denen danach. In der Zeit bis ins Jahr 2014 kam es zu achtzehn Pauschalanträgen, auch vom Stadtrat. Dann konnten wir Sie überzeugen, dass die Finanzverwaltung auch mit Blick auf die Aufgabenstellung versuchte, bei den Dienstabteilungen und Departementen die notwendige Marge zu reduzieren. Danach kam es pro Jahr zu einer bis maximal drei Pauschalkürzungen. Dienstabteilungen müssen budgetieren, was sie über das Jahr hinweg maximal gebrauchen können. Wenn sie das nicht tun, wird ein Zusatzkredit notwendig und es kommt zur RPK-Kritik, warum nicht genauer budgetiert wurde. Der Antrag wurde als Budgetkosmetik begründet, was für mich in Ordnung ist. Interessanterweise kümmerte sich die RPK nicht um die drei Anträge der letzten vier Jahre. Wir werden den Antrag selbstverständlich einhalten. Aber wir werden das nicht auf einzelne Konti übertragen. Wenn das Parlament über eine solche Kürzung Stellen kürzen will, müsste das anders beantragt werden. Die effektiven Lohnkosten, was die 20 Millionen Franken darstellen sollen, wurden von uns rapportiert. Die zitierte Seite aus dem Budgetbuch stellt die totalen Kosten dar, die in der Tat grösser sind. Entsprechend müssten wir aber den grösseren Bereich einbeziehen, denn nicht jedes Jahr befinden wir uns innerhalb der 20 Millionen Franken. Die Zahlen des Human Resources Management (HRZ) der letzten zehn Jahre zeigen, dass die Nichtausschöpfung schwankt. Während der Betrag einmal 20,9 Millionen Franken entsprach, gab es auch Jahre, bei denen die Nichtausschöpfung 60 Millionen Franken betrug, weil wir einen Teuerungsausgleich budgetierten, der nicht benötigt wurde. Zusätzlich kommen weitere Kosten dazu. Der Stadtrat nimmt den Antrag entgegen, wird das Anliegen beobachten und die RPK informieren. Die Finanzdelegation wird regelmässig einschätzen und Massnahmen ergreifen: Wenn sich zeigt, dass wir das nach einem oder zwei Quartalen nicht einhalten können, werden wir nicht mehr Mittel ausgeben. Es handelt sich aber um eine Pauschalkürzung und in diesem Sinne nicht um einen Auftrag, einzelne Stellen zu streichen.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG
	1060	Gesamtverwaltung
	3010 00 203	Pauschalabzug nicht besetzte Stellen

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat			0 Minderheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent
		20 000 000		-20 000 000 Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident
					Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Abzug der Hälfte der Nichtausschöpfung des Budgets Personalaufwand 2016 und 2017

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE

Antrag 094.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Shaibal Roy (GLP): Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) stellte alleine für das Jahr 2019 vier Stellen für Innovationsmanagement und siebeneinhalb für die Umsetzung der Digitalisierungsstrategie ein. Wir erfragten die Details und was mit diesen Stellen geplant ist und erhielten eine schöne Präsentation. Die erforderlichen Tätigkeitsgebiete und Stellenprofile wurden jedoch vorerst in grossen Zügen skizziert. Priorisierungen wurden noch nicht abgeschlossen. Verhandlungsfelder wurden definiert, konkrete Schritte hingegen noch nicht. Diese werden im Rahmen der Umsetzung im Verlauf des Jahres 2019 definiert. Wenn das also erst im Verlauf des nächsten Jahres stattfinden wird, stehen wir grundsätzlich hinter der Strategieerarbeitung bezüglich der Digitalisierung. Wir stehen ebenfalls hinter dem Vorhaben, dass wir das Informationsmanagement vorantreiben. Wir sind aber der Meinung, dass das zuerst in eine durchdachte Reihenfolge gebracht werden muss und dass die Stellenprofile erst exakt definiert und besetzt werden. Das kann im Jahr 2019 gestaffelt erfolgen. Diese Priorisierung ist für uns wichtig. Das kann schliesslich mit weniger Stellen geschehen. Der Betrag von 600 000 Franken wurde auf 250 000 Franken angepasst. Sämtliche Mitglieder der RPK wurden informiert; wir reduzieren den Antrag auf diesen Betrag. Die Digitalisierung wird weiterhin ein strategisches Thema sein. Bezüglich Mobilität nehmen die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) eine relevante Rolle ein, was aber in gestaffelter Form stattfinden soll. Dafür reichen neun der elfeinhalb Stellen für das Jahr 2019 durchaus aus.

Renate Fischer (SP): Gemäss dem Vorschlag beantragten die VBZ elfeinhalb Stellen. Diese wurden nicht restlos zu unserer Zufriedenheit im Detail erklärt. Die ursprünglich vorgesehene Budgetkürzung von 600 000 Franken lehnten wir ab. Das entspräche insgesamt einem Abbau von vierzig Prozent der neuen Stellen im Bereich Innovation und Digitalisierung. Angesichts der Pläne zur Smart City war das aus unserer Sicht nicht statthaft, zumal der Verkehr einer der Schwerpunkte der Smart City ist. Dem geänderten Antrag der GLP, der Kürzung von 250 000 Franken für die Stellen, schliessen wir uns jedoch an, womit die Mehrheit zum Antrag der GLP wechselt. Im Jahr 2017 waren drei Innovationsstellen in den VBZ vorgesehen, diese konnten jedoch nicht besetzt werden. Wir unterstützen den Ausbau von neun Stellen für die Digitalisierung und Innovation für das Jahr 2019. Falls sich im Verlauf des Jahres zeigen wird, dass mehr Stellen für konkrete Projekte notwendig sind, kann das mit einem Nachtragskredit beantragt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Die Digitalisierung ist wichtig. Wir werden sehr viel verbessern und umstellen sowie Ressourcen schonen und Effizienz schaffen. Unsere Erfahrung aber zeigt, dass der Ansatz der GLP falsch ist. Die Digitalisierung soll nicht in kleineren

Gruppen in einer Steuerungsfunktion aufgegleist werden: Sie muss dort stattfinden, wo den Menschen die Prozesse bekannt sind und wo sie täglich damit zusammenarbeiten. Als Geschäftsführer eines Verbands erlebte ich in den letzten Jahren die Digitalisierung aller Mitglieder: Wo die Digitalisierung über eine Stabsstelle mit einer Steuerungsgruppe ausgeführt wurde, funktionierte das nicht. Wo aber die Digitalisierung in die Linie gebracht und dort vollzogen wurde, wo die Prozesse sind, funktionierte das reibungslos. Insbesondere die Idee, dass die OIZ diese Digitalisierung übernehmen soll, halte ich für falsch. Die OIZ ist eine Dienstleisterin und befindet sich nicht in der Linie. Die Digitalisierung muss dort stattfinden, wo gearbeitet wird und muss durch die dort arbeitenden Menschen definiert werden. Des Weiteren ist zu beachten, dass heute alle auf unterschiedlichen Systemen arbeiten und unterschiedliche Bedürfnisse haben. Wir wechseln in die Minderheit, zu den 250 000 Franken, nicht, weil wir die Stellen am falschen Ort sehen, sondern weil wir einen gestaffelten Aufbau befürworten.

Dubravko Sinovcic (SVP): Wir unterstützen die Argumentation der GLP und werden auch den geänderten Antrag für 250 000 Franken unterstützen.

Walter Angst (AL): Uns wurde mitgeteilt, dass die OIZ nicht in diese Prozesse involviert ist. Das ist falsch. Es kann nicht angehen, dass dort, wo Geld vorhanden ist, im Alleingang Digitalisierungsstrukturen aufgebaut werden. Koordination ist notwendig. Mit den 250 000 Franken wird das möglich sein.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Auf diesem Konto liegt das grösste Stellenwachstum beim Fahrdienstpersonal. Es freut mich, dass dort keine Kürzungsanträge gestellt wurden, weil wir im letzten Jahr mit einem Unterbestand arbeiten mussten. Nach dieser Belastung ist ein Ausbau notwendig. Die angetragene Kürzung hat Konsequenzen. Eine Staffelung war ohnehin vorgesehen: Der Betrag wurde nicht per 1. Januar 2019, sondern per 1. April 2019 eingestellt. Gewisse Projekte können vielleicht sogar erst später beginnen. Bis jetzt wurde die Digitalisierung neben der Hauptarbeit ausgeführt. Eine Professionalisierung der Systemänderung ist nun angemessen. Selbstverständlich können die elfeinhalb Stellen nicht per 1. April 2019 besetzt werden. Insofern verstehe ich die Forderung, dass eine grössere Staffelung erreicht werden soll. Es ist nicht notwendig, die 250 000 Franken zu streichen: Wenn niemand für eine Stelle gefunden wird, stellen wir niemanden ein. Im Stellenplan wiesen wir alle Funktionen detailliert aus. Wir wollten nicht im Sinne einer Salami taktik jedes Jahr einen Teil fordern, sondern transparent von Anfang an die Grösse des Teams beschreiben. Wir können mit dem vorliegenden Kompromiss leben; falls es erforderlich sein wird, werde ich einen Nachtragskredit beantragen. Wir verfügen über eine gewisse Agilität, weshalb das nicht zwingend notwendig sein wird. Ich bin insofern froh um den Kompromiss, da damit der ursprüngliche Antrag obsolet wurde. Mit diesem wäre eine Verzichtsplanning notwendig geworden. Ich brauche Angestellte der VBZ, die etwas von IT verstehen, nicht IT-Projektleiter der OIZ, die ab und zu zur VBZ geschickt werden. In einem Leitsystem und bei allen Mobilitätsfragen handelt es sich um andere Aufgaben, als wenn ein E-Mail-System für die gesamte Verwaltung betrieben wird. Im Strategieschwerpunkt der integrierten Mobilität wird das wiederum alles kombiniert und die benötigte Koordination ist vorhanden.

S. 320 **45**
4540
3010 00 000

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE
Verkehrsbetriebe
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
094. Antrag Stadtrat			224 340 600 Mehrheit - 606 100 N	Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangi- nes (SP), Florian Utz (SP)
	250 000		223 484 500 Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Refer- rent, Walter Angst (AL), Peter Schick (SVP)
			Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung: Gestaffelter Aufbau der Stellen für Digitalisierung und Innovation, entspre- chend nur 5,5 Stellen für 2019			

Shaibal Roy (GLP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Kürzung um 250 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 124 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT

Antrag 011.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die FDP beantragt bei den Sprachförderkrediten, den kommunalen Teil um die Hälfte zu kürzen. Die Kurse sind erstens für die Teilnehmenden kostenlos, weshalb sie schlecht besucht werden, denn was nichts kostet, ist offenbar nichts wert. Zweitens sieht die Stadt in diesen Kursen lediglich eine Ergänzung zu anderen Angeboten, unter anderem auch solchen von Privaten. Drittens hat die Stadt laut den Antworten auf eine entsprechende Anfrage von mir nicht einmal das Ziel, diese Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Solange das Ziel fehlt, sehen wir nicht ein, warum die Stadt diese Kurse anbieten soll, wenn bereits ein Angebot besteht. Darum beantragen wir, den Gemeindeanteil der Sprachförderkredite um die Hälfte, also um 773 500 Franken, zu kürzen.

Alan David Sangines (SP): Die Sprachkurse basieren auf einer Weisung, die der Gemeinderat bis ins Jahr 2022 sprach. Darum können diese Gelder nicht gestrichen werden. Die Deutschkurse werden im Antrag als freiwillige «Kürsli» auf Kosten der Steuerzahler, die die Teilnehmenden nichts kosten und somit nichts wert seien, bezeichnet. Das ist falsch: Alle teilnehmenden Personen bezahlen einen Kursbeitrag. Wer ein tiefes Einkommen hat, bekommt Kursgelder zurückbezahlt, wenn eine Präsenz von über siebzig Prozent vorgewiesen werden kann. Das hat der Gemeinderat in der Weisung beschlossen. Alle Kurse führen eine Präsenzliste und müssen der Stadt Bericht erstatten. Verschiedene Deutschkurse müssen unterschieden werden. Es gibt solche, die sich speziell auf Menschen auf Stellensuche ausrichten. Es gibt aber auch

Deutschkurse, die die soziale und gesellschaftliche Integration in den Vordergrund stellen. Vor allem Frauen mit Betreuungspflichten nehmen diese Kurse in Anspruch. Dort lernen sie beispielsweise gezielte Deutschkenntnisse, um mit Lehrpersonen, Ärztinnen und Ärzten, Nachbarinnen und Nachbarn und vielleicht sogar mit einem Verein zu kommunizieren. Die Deutschkurse erbringen einen Nutzen, der sich auf den Alltag konzentriert, statt wie bei vielen anderen hochschwelligten Deutschkursen auf Stellensuche. Selbstverständlich ist es so, dass die niederschwelligen Deutschkurse und gesellschaftliche Integration ebenfalls dazu führen, dass die Menschen Zugang zu arbeitsmarktorientierten Deutschkursen finden und einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Darum lehnt die Mehrheit den faktenfreien Antrag ab.

Weitere Wortmeldungen:

Ernst Danner (EVP): Wir haben den Eindruck, dass mit dem Antrag der Minderheit das Kind mit dem Bad ausgeschüttet wird. Die Kurse sind eines der wichtigsten Integrationsinstrumente, warum wir die vorhandenen Mittel beibehalten wollen. Wenn es um ein Postulat ginge, das die Erfolgskontrolle und die Präsenz verbessern will, würden wir gerne mitmachen. Die Mittel aber wollen wir nicht kürzen.

Isabel Garcia (GLP): Durch die erwähnte Weisung gibt es eine deutliche gesetzliche Grundlage für die Deutschkurse. Die Budgetdebatte ist darum der falsche Ort für diese Themen und Ideen, bei denen durchaus Diskussionsbedarf besteht. Deutschkurse für den Arbeitsmarkt sind wichtig und dürfen nicht aus den Augen verloren werden. Es ist wichtig, dass Lebenspartnerinnen oder Lebenspartner sowie Ehepartnerinnen oder Ehepartner, die mit einer Person in die Schweiz gezogen sind, die hier eine Arbeitsstelle hat und selbst nicht arbeiten, Deutsch lernen und entsprechende Angebote nutzen können.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wer ehrlich ist, muss eingestehen, dass die Meisten nicht für diese Kurse bezahlen müssen. Die Stadt leistet bereits genügend Integrationsarbeit, wie sie das selbst auf ihrer Website publiziert. Eines der vielen Beispiele dafür sind die interkulturellen Programmwochen.

Alan David Sangines (SP): Die Antworten des Stadtrats zeigen, dass zwar keine operationalisierten Ziele bezüglich der Arbeitsmarktintegration vorliegen, diese Kurse leisten aber trotzdem relevante Beiträge zu einem leichteren Einstieg in der Zukunft. Auch ist es für alle dienlich, wenn die Eltern mit den Lehrpersonen oder Ärztinnen und Ärzten sprechen können.

S. 132 15
1505

**PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Stadtentwicklung
Sprachförderkredite**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		773	500	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)

Begründung: Halbierung der in Gemeindekompetenz stehenden Beiträge an die meist kostenlosen Deutschkurse (also exkl. Gemeindeanteil an kantonale Leistungsvereinbarung KIP 2), so lange keine Präsenz und keine Resultate eingefordert werden und die Arbeitsmarktfähigkeit nicht einmal ein entferntes Ziel ist. Keine freiwilligen Kürsli auf Kosten der Steuerzahler. Was nichts kostet, ist offenbar nichts wert; Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

1505 Stadtentwicklung					
Konto	Kontobezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
3632 00 414	Deutschlernangebote: Gemeinden	100 000	0	28 600	71 400
3632 00 416	Einstiegskurse: Gemeinden	100 000	0	31 000	69 000
3632 00 418	Alphabetisierungskurse: Gemeinden	555 000	0	277 500	277 500
3635 00 454	Deutschlernangebote: Private Unternehmen	50 000	0	14 300	35 700
3636 00 456	Deutschlernangebote: Private Organisationen ohne Erwerbszweck	200 000	0	57 100	142 900
3636 00 458	Niveauekurse: Private Organisationen ohne Erwerbszweck	1 280 000	0	331 000	949 000
3636 00 468	Einstiegskurse: Private Organisationen ohne Erwerbszweck	110 000	0	34 000	76 000
	Total	2 395 000	0	773 500	1 621 500

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 012.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Für die FDP ist klar, dass die Gleichstellung einem Verfassungsauftrag entspricht und wir nehmen sie ernst. Die stadtinterne Gleichstellung ist Aufgabe des HRZ und gehört dort angesiedelt – wir brauchen keine Fachstelle dafür. Für alles andere steht die Fachstelle des Kantons den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung, für die es keine Rolle spielt, ob sie vom Kanton oder von der Stadt beraten werden. Je länger je mehr zeigt sich, dass sich die Fachstelle künstlich gesuchte Betätigungsfelder aneignet. Die FDP beantragt darum die Auflösung der Fachstelle und damit eine Kürzung um 1,5535 Millionen Franken. Die restlichen 200 000 Franken sind für die Auflösung der Fachstelle zu verwenden.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Dieser Antrag stellt eine Ignoranz gegenüber der Realität dar. Es gibt kein Projekt der Fachstelle, das nicht notwendig ist. Die Gleichstellung existiert seit zwei Generationen in der Verfassung, die Umsetzung ist noch gering. Das zeigte die grosse Demonstration im Herbst. Viele Organisationen rufen wegen der Nicht-Umsetzung der Gleichstellung zu einem nationalen Frauenstreik auf. Wir wollen endlich gleich viel wie Männer. Das bedeutet Lohngleichheit, was wir nicht haben; die Aufwertung von Frauenberufen; keine Gewalt und kein Sexismus; nicht mehr Armut, sondern die Hälfte des Vermögens und die Hälfte der Frauen im Kader und der Politik sowie die Hälfte der Männer am Herd. Es braucht familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Das Büro leistet nicht nur verwaltungsintern, sondern für die gesamte Bevölkerung und die Wirtschaft sehr wichtige Unterstützung. Die Mehrheit will keine Abschaffung, sondern die weiterhin tolle Arbeit des Büros für Gleichstellung.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): Das vorherige Votum zeigt schön den Unterschied zwischen echter Gleichstellung und marxistischer Gleichmacherei.

Ernst Danner (EVP): Wir sind entschieden gegen die Abschaffung der Gleichstellungsfachstelle. Mit der kantonalen Fachstelle machte ich ausnehmend positive Erfahrungen, häufig waren es kantonsinterne Fragen, etwa Personalfragen und Ähnliches. Solche Arbeit kann nicht schlichtweg vom HRZ übernommen werden. Viele haben mehr Vertrauen in eine Gleichstellungsfachstelle als in eine HR-Abteilung. Die Fachstelle kann neutral und objektiv beraten. In der Stadt wird das genau gleich wie auf der kantonalen Ebene sein. Eine meiner letzten kantonalen Amtshandlungen war die Überweisung eines Falls an die kantonale Fachstelle, weil diese über eine entsprechende Fachkompetenz verfügt. Für die Stadt sehe ich das analog, weshalb wir die Stelle beibehalten müssen.

Isabel Garcia (GLP): Diesem Dauerbrenner der jährlichen Budgetdebatte sind die meisten nun überdrüssig. Die Gleichstellungsfachstelle will nicht etwa ein marxistisches Frauenbild fördern, sondern arbeitet an vielen Aufgaben der modernen Zeit. Diese werden weiterentwickelt und neue Aspekte eingebracht; alle sind willkommen, dies in der Spezialkommission Präsidialdepartement, Schul- und Sportdepartement (SK PRD/SSD) zu tun. Statt jedes Jahr diesen Dauerbrenner erneut einzubringen, kann Zeit eingespart werden, wenn effizient gute Ideen eingebracht werden.

Susanne Brunner (SVP): Seit meiner Geburt bin ich gleichgestellt. Ich hatte gleiche Bildungschancen und gleiche Chancen im Berufsleben. Wir Frauen müssen es nur machen. Was auf der linken Seite mit Gleichstellungsfachstellen verlangt wird, verkennt etwas: Gleichstellung findet nicht in der Verwaltung oder durch Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit statt. An dem Tag, an dem die Frauenquote im Nationalrat beschlossen wurde, wurde ich als Frau in meiner Gleichstellung beschnitten. Ich will, dass wir endlich einen anderen Weg einschlagen: Frauen sollen sich einsetzen, es schlichtweg machen und positive Vorbilder sein.

Pablo Bünger (FDP): Wer diesem Antrag überdrüssig ist, soll endlich bürgerlich für die Abschaffung stimmen.

Stefan Urech (SVP): Wir stellen uns gegen mehr Verwaltung und gegen mehr Missbrauch. Das heisst nicht, dass wir Frauen an den Herd stellen wollen oder gegen Frauenrechte sind. Wir sind gegen einen aufgeblähten, unnützen Verwaltungsapparat, nicht für eine staatlich erzwungene Ergebnisgleichheit und nicht gegen die Chancengleichheit.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Votum von Katharina Prelicz-Huber (Grüne) war ein bewundernswertes Plädoyer – allerdings eines gegen die Fachstelle.

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Es ist nicht ein Trauerspiel, dass die Bürgerlichen wiederholt diesen Antrag stellen; das steht ihnen frei. Es ist ein Trauerspiel, weil als wir den Aktionsplan zu Transmensen diskutierten, sich die Bürgerlichen dafür aussprachen, wie grossartig die Arbeit der Fachstelle für die Gleichstellung sei. Die Fachstelle wurde als Argument gegen die Rechte der Transmensen missbraucht. Prinzipien werden angepasst.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Diesen Show-Block dürfen wir jedes Jahr während der Budgetdebatte erleben. Es stimmt nicht, dass unsere Bevölkerung glaubt, dass die Fachstelle nicht notwendig sei. Die Zahlen unserer Bevölkerungsbefragungen zeigen das jedes Jahr. Gemäss der letzten Befragung sind 51 Prozent der Zürcherinnen und Zürcher der Meinung, dass die Massnahmen im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern, so wie wir sie erbringen, richtig seien. 33 Prozent wünschen sich mehr. Und – im Gegensatz zur Aussage von Yasmine Bourgeois (FDP) – sind lediglich 7 Prozent der Meinung, dass weniger Massnahmen notwendig sind. Des Weiteren zeigt das Credit Suisse Jugendbarometer, dass die Gleichstellung von Frau und Mann auch unter Jugendlichen zunehmend als wichtiges Thema erachtet wird. Die Zahlen zeigen also, dass die Arbeit der Fachstelle und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in der Zivilgesellschaft einen hohen Rückhalt geniessen. Nur ein kleiner Teil der Aufgaben der Fachstelle beziehen sich auf HR-interne Themen; es bestehen also keine Doppelspurigkeiten mit dem HRZ oder anderen Fachstellen. Im Gegensatz zur Fachstelle berät das HRZ keine Mitarbeitenden.

Yasmine Bourgeois (FDP): Wir wollen lediglich die städtische Fachstelle abschaffen. Denn es gibt bereits die kantonale Fachstelle.

S. 134	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT			
	1506	Fachstelle für Gleichstellung			
	Saldo	Erfolgsrechnung / Saldo			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
012.	Antrag Stadtrat			1 753 500 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		1 553 500		200 000 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Fachstelle für Gleichstellung auflösen. Immer mehr künstlich gesuchte Betätigungsfelder. Stadtinterne Gleichstellung ist HR-Aufgabe. Restbetrag von Fr. 200 000 für geordnete Auflösung		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 013. und 014.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Bartholdi (SVP): Es geht hier nicht um die grundsätzliche Abschaffung, sondern im Sinne eines Kompromissantrags um das Transferieren in eine andere Fachstelle. Dadurch entstehen Synergien und der Gesamtbetrag kann reduziert werden.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Die Mehrheit lehnt auch ein Zusammenlegen ab, wenn man mit einer anderen Fachstelle die Fachstelle des Kantons meint. Denn beide Büros leisten sehr wichtige Arbeit. Unter anderem sind sie für ihre jeweilige Verwaltung tätig, aber auch für die Wirtschaft und die Bevölkerung – das Büro der Stadt für die Stadtbevölkerung und das des Kantons für die Kantonsbevölkerung. Sie werden auch

von der gesamten Schweiz aus angefragt, weil sie so gute Projekte lancieren, die von anderen Kantonen oder Gemeinden übernommen werden können. Bis zur Gleichstellung braucht es noch Einiges. Das bezieht sich nicht nur auf die Gleichstellung von Frau und Mann, sondern auch auf alle anderen Bereiche, nicht zuletzt auch die der LGBTI-Community. Wir brauchen beide Aufgaben, die des Kantons und die der Stadt, keine Zusammenlegung.

S. 134 15
1506
3010 00 000

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Fachstelle für Gleichstellung
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
013.	Antrag Stadtrat			941 100 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		441 100		500 000 Minderheit	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
		Begründung: Fachstelle mit anderen Fachstellen zusammenlegen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 014.

Wortmeldungen siehe Antrag 013.

S. 134 15
1506
3130 00 000

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Fachstelle für Gleichstellung
Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat			247 500 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		100 000		147 500 Minderheit	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Peter Schick (SVP), Severin Pflüger (FDP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
		Begründung: Fachstelle mit anderen Fachstellen zusammenlegen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 015.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mischa Schiow (AL): Bei diesem Antrag geht es um die Neuausrichtung der Auszeichnung von Filmen in der Stadt. Eine Übertragung vom Preisgeld zur Zürcher Filmstiftung ist vorgesehen. Mit dem berechtigten Anliegen einer besseren Finanzierung des Filmschaffens bekam die Zürcher Filmstiftung im Jahr 2015 zusätzliche Gelder. In erster Linie sind das Gelder für die Herstellung und für den Vertrieb von Filmen. Damals war nicht die Rede davon, dass die Zürcher Filmstiftung mit der Ausrichtung des städtischen Filmpreises beauftragt wird. Diese Übertragung ist diskutabel. Wir verlangen heute, dass zumindest das Preisgeld von 100 000 Franken der Zürcher Filmstiftung zugeschlagen wird, damit sie die Verleihung der Preise ab dem Jahr 2019 ausrichten kann.

Severin Pflüger (FDP): Die Filmstiftung erhielt durch den Gemeinderat eine Erhöhung der Subvention in der Höhe von 1,5 Millionen Franken. Die Stadt und ihre Kulturabteilung sind der Meinung, dass es durchaus interessantere Mittel gibt, um den Film zu fördern, als dieser Filmpreis. Die Branche möchte aber einen solchen Filmpreis. Darum soll dieser nun von der Filmstiftung verliehen werden. Das liegt in ihrem Budget und es gibt keinen Grund, warum Zürich hier noch mehr Subventionen sprechen soll. Die Mehrheit ist darum gegen diese Budgetverschlechterung.

Weitere Wortmeldung:

Felix Moser (Grüne): Wir diskutierten diesen Antrag in unserer Fraktion nochmals und wurden von der Argumentation der Minderheit überzeugt. Darum wechseln wir zur Minderheit.

S. 139 15
1510
3632 00 474

**PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT
Kultur
Zürcher Filmstiftung: Betriebsbeiträge**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
015. Antrag Stadtrat			7 683 800 Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP)
		100 000	7 783 800 Minderheit	Walter Angst (AL) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
Begründung: Verzicht auf Reduktion Ressortkredit Film. Filmpreis soll nicht zulasten des Beitrags an Zürcher Filmstiftung ausgerichtet werden				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 73 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 016.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Natalie Eberle (AL): Im Raum Zürich ist der Zirkus Chnopf mit seinem niederschweligen Kursangebot für kleine und grosse ArtistInnen einmalig. Im Zirkusquartier treffen sich heute bereits NewcomerInnen und ArtistInnen von weltbekannten Kompanien, beispielsweise die des Cirque du Soleil; jene KünstlerInnen also, die die Zirkuskunst lustvoll weiterentwickeln. Die Treffen sind stets offen für neue zirkusbegeisterte ArtistInnen und öffnen damit die Türen zur professionellen Zirkuswelt. In den nächsten zwei Jahren steht der Zirkus Chnopf aber vor diversen grossen Aufgaben. Zum einen soll das Weiterbestehen des aktuellen Angebots gewährleistet werden: Kurse, Touren und die Organisation der Treffen. Zum anderen ist er auch für die Umsetzung des neuen geplanten Zirkusquartiers zuständig. Dafür braucht er Zeit und finanzielle Unterstützung. Das Zirkusquartier leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt, sondern ist auch für das Quartier im Kreis 9 sehr wichtig. Damit der Zirkus sich das alles leisten kann, ist die Überbrückungsfinanzierung notwendig.

Shaibal Roy (GLP): Der Zirkus Chnopf stellte bereits mehrere Anträge an die zuständige Theaterkommission. Diese wurden alle abschlägig beurteilt. Hier geht es aber nicht um ein Gesuch in Bezug auf einen Produktions- oder Recherchebeitrag, sondern um eine Überbrückungsfinanzierung. Der Zirkus Chnopf befindet sich in einem regen Austausch: Besprechungen mit verschiedenen städtischen Vertreterinnen und Vertretern sowie dem Projektstab Stadtrat finden statt. Wenn der Vorgang mit dem neu gegründeten Trägerverein geklärt ist, dann kann darüber entschieden werden, ob der Trägerverein überhaupt auf finanzielle Mittel für die Überbrückung angewiesen ist und falls das der Fall ist, in welchem Umfang die Überbrückungsfinanzierung gesprochen werden soll. Zum entsprechenden Zeitpunkt werden wir über die Finanzierung entscheiden können. Jetzt bestehen diesbezüglich noch Unklarheiten. Auch ist die Rechtsform noch unklar, weshalb wir den Antrag ablehnen.

Weitere Wortmeldung:

Severin Pflüger (FDP): Wir wechseln von der Enthaltung in die Mehrheit, da sich verschiedene Fans des Zirkus Chnopf in unserer Fraktion befinden.

S. 139	15 1510 3636 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
016.	Antrag Stadtrat			0	Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Peter Schick (SVP)
			100 000	100 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Einmalige Überbrückungsfinanzierung Zirkus Chnopf			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 017.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Bartholdi (SVP): Unter dem Motto «Qualität statt Quantität» beantragen wir eine Kürzung von fünf Prozent, weil damit die Dienstleistung nicht geschmälert werden muss. Bezüglich der Digitalisierung und der Werbung hörten wir heute bereits einige Argumente, wie Einsparungen getätigt werden können. Fünf Prozent stellen eine realistische Umsetzung dar.

Severin Pflüger (FDP): Hier handelt es sich um einen Teil der Kultur, wo sehr viel Qualität für sehr wenig Geld vorhanden ist. Die Digitalisierung kann an dieser Stelle nicht weiterhelfen.

S. 141	15 1510 3636 00 898	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017.	Antrag Stadtrat				4 530 800 Mehrheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			226 500		4 304 300 Minderheit Abwesend	Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
		Begründung:	5 % Kürzung: Qualität statt Quantität			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 018.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Die Kostenlosigkeit von Begräbnissen ist eine schöne Errungenschaft der modernen Schweiz. Sie ermöglicht, dass auch arme Menschen würdevoll Abschied von ihren Angehörigen nehmen können. In Zürich gehörte bis vor kurzem eine kostenlose Taxifahrt für die Angehörigen zu dieser Dienstleistung. Die kostenlose Taxifahrt ist natürlich weniger essenziell als die Kostenlosigkeit des Begräbnisses an sich, gleichzeitig handelt es sich aber um eine schöne Geste für Menschen in einer

schwierigen Zeit. Das ist nicht nur meine persönliche Beurteilung, sondern auch die des Parlaments als Ganzes, das ein Postulat der AL überwies, um die Dienstleistung wieder einzuführen. Das Präsidialdepartement signalisierte verdankenswerterweise die Bereitschaft, die Forderungen wohlwollend zu prüfen und zumindest teilweise umzusetzen. Darum wollen wir dem Stadtrat die notwendigen Gelder zur Umsetzung des Postulats zur Verfügung stellen.

Severin Pflüger (FDP): Mit diesem Antrag wird ein politisches Anliegen auf zwei politische Events verteilt: Als Postulat wurde es bereits im Gemeinderat besprochen. Diese Debatte wurde bereits geführt, wir wollen sie nicht wiederholen und lehnen das Anliegen auch jetzt ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Nach der Überweisung des Postulats prüfen wir nun im Bevölkerungsamt, wie dem Begehren nachgekommen werden kann. Wir wollen das nicht wieder entsprechend dem Giesskannenprinzip einführen, wie das früher der Fall war. Abgesehen davon muss auch festgehalten werden, dass diese Leistung immer weniger Nachfrage erhält. Wir wollen darum eine Lösung anbieten, mit der gezielt und dem Bedarf entsprechend diese Dienstleistung in Anspruch genommen werden kann. Allerdings ist die Einführung eher gegen Ende des Jahres 2019 vorgesehen, so werden wir den Beitrag im Antrag nicht ausschöpfen können.

S. 146	15	PRÄSIDIALDEPARTEMENT				
	1530	Bevölkerungsamt				
	3130 00 000	Dienstleistungen Dritter				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
018.	Antrag Stadtrat			1 346 000	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Shaibal Roy (GLP)
			100 000	1 446 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Peter Schick (SVP), Alan David Sangines (SP)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Keine Streichung der Taxifahrten zu Bestattungen (gemäss Postulat GR Nr. 2017/128)			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 019.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Hier geht es um den budgetierten Betrag von 59 000 Franken, der aus Sicht der Minderheit um knapp einen Drittel reduziert werden kann. Ich persönlich hätte einen solchen Antrag von der linken Seite erwartet, weil es sich um eines ihrer Themen handelt. Die Stadt Zürich soll mit gutem Beispiel vorangehen und möglichst auf Reisen verzichten. Reisespesen wie auch etwa Bahnabonnemente werden mittels Lohnkosten vergütet, nicht mittels des budgetierten Postens. Ich verstehe nicht, wie Dienstabteilungen für Zehntausende von Franken umherreisen, während wir uns in einer Zeit befinden, in der Telefonkonferenzen auch digital abgehalten werden können. Innerhalb von fünf Jahren wurden die Reisekosten um fünfzig Prozent erhöht.

Shaibal Roy (GLP): Leider handelt es sich hier um einen ungenau recherchierten Antrag: Auf dem Konto sind zum grössten Teil Pauschalspesen budgetiert – das ist mehr Geld, als nach der Kürzung bleiben würde. Diese Spesen können nicht gekürzt und müssen ausbezahlt werden. In der Finanzverwaltung werden Velos bereits fleissig genutzt. Der Finanzvorsteher muss auch Aufgaben erfüllen, bei denen Reisespesen anfallen, so kann er beispielsweise als Präsident der Konferenz der städtischen Finanzdirektoren den Weg nach Basel oder Bern nicht mit dem Velo auf sich nehmen.

S. 157	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2000	Finanzdepartement Departementssekretariat			
	3170 00 000	Reisekosten und Spesen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
019.	Antrag Stadtrat			59 400 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		20 000		39 400 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Auf Reisen verzichten und möglichst Dienstvelos benutzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 020.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Die Minderheit will 100 000 Franken, den Betrag für das Zürcher Institut für interreligiösen Dialog (ZIID), streichen. Die Stadt erklärt ihre Ziele auf ihrer Webseite: «Die Stadt Zürich setzt sich dafür ein, dass die in der Stadt gelebten

kulturellen und religiösen Traditionen sichtbar sein können und Wertschätzung erfahren. Im Rahmen dieses integrationspolitischen Ziels fördert die Stadt Zürich den interreligiösen Dialog.» Demgegenüber ist die Minderheit der Auffassung, dass Kirche und Staat getrennt sein sollen. Die katholische Kirche bezahlt der Institution jährlich einen Betriebsbeitrag. Die reformierte Kirche bezahlt ebenfalls jährlich einen Betriebsbeitrag. Andere Religionen hingegen, wie beispielsweise die muslimische, bezahlt keinen jährlichen Betriebsbeitrag. Das halte ich für stossend. Die beteiligten Religionen sollen selbst Beiträge an die Institution bezahlen, wenn sie das Ziel der Anerkennung und Wertschätzung oder der gesellschaftlichen Akzeptanz haben. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, das Geld des Steuerzahlers dafür einzusetzen.

Shaibal Roy (GLP): Auch in diesem Antrag ist trotz guter Recherche ein kleiner Schönheitsfehler vorhanden. Es handelt sich wiederum um eine Weisung, die wir hier behandelten. Im Rahmen dieser Behandlung nahmen wir sogar eine Kürzung vor. Ursprünglich waren 140 000 Franken vorgesehen. Die Beiträge waren ausserdem bis ins Jahr 2021 geplant, wir sprachen die Beiträge aber lediglich für die Jahre 2018 und 2019. Für das Jahr 2019 geht also die Weisung vor, für eine weitere Kürzung kann im nächsten Jahr für das Jahr 2020 ein neuer Budgetantrag gestellt werden.

S. 157	20	FINANZDEPARTEMENT			
	2000	Finanzdepartement Departementssekretariat			
	3636 00 000	Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
020.	Antrag Stadtrat			540 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		100 000		440 000 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Kürzung auf der Teilposition «Zürcher Institut für interreligiösen Dialog» (ZIID), keine Aufgabe der Kommune		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 021.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Wir sind der Meinung, dass die humanitäre Hilfe im Ausland nicht eine kommunale Aufgabe ist; es handelt sich um die Aufgabe des Bundes.

Shaibal Roy (GLP): Die humanitäre Hilfe im Ausland stützt sich auf eine Verordnung über die humanitäre Hilfe im In- und Ausland. Das entspricht einer Tradition der Stadt und es macht Sinn, hier das Budget zu sprechen. Gerade kürzlich sprachen wir einen Beitrag für Soforthilfe in Indonesien. 200 000 Franken zur Verfügung zu stellen, ist sinnvoll, damit weiterhin solche Soforthilfe möglich ist, die oft rasch gesprochen werden muss.

S. 158	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2000	Finanzdepartement Departementssekretariat				
	3638 00 100	Humanitäre Hilfe im Ausland				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
021.	Antrag Stadtrat			200 000	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		200 000		0	Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Keine kommunale Aufgabe				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 022.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Alexander Brunner (FDP): Zum Thema Impact Investing reichten Shaibal Roy (GLP) und ich ein Postulat ein, was damals mit fadenscheiniger Begründung abgelehnt wurde. Hier geht es wieder um das Gleiche; es handelt sich um eine veraltete Denkhaltung der reinen Entwicklungshilfe. Der WWF beispielsweise baut in Zürich ein Team im Bereich Impact Investing als Kernkompetenz auf. Wir fordern neue innovative Ansätze, mit denen weniger klassische Entwicklungshilfe notwendig wird.

Urs Fehr (SVP): Auch hier sind wir der Meinung, dass es sich nicht um eine kommunale Aufgabe, sondern um eine des Bundes handelt.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit ist der Meinung, dass die Entwicklungshilfe nicht nur eine schöne Tradition der Stadt ist, sondern auch eine, die für die Menschen, die in den Genuss dieser Projekte kommen, eine sehr wichtige Tradition ist. Mit wenig Geld kann viel erreicht werden: Mit einem einmaligen Beitrag von siebzig Franken etwa kann einer Person lebenslanger Zugang zu sauberem Trinkwasser gewährt werden. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass Entwicklungshilfe nicht kontraproduktiv ist, sondern viel erreichen kann. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglicht, dass man nicht mehr täglich stundenlang den Weg zu einer Trinkwasserquelle auf sich nehmen muss, sondern produktiv sein kann. Es handelt sich um eine wirkungsvolle Hilfe zur Selbsthilfe. Die Mehrheit ist der Meinung, dass in einer Zeit, in der es uns insgesamt gut geht, die Entwicklungshilfe erhöht werden kann. Das ist nicht nur eine schöne Geste: Mit den zusätzlichen zwei Millionen Franken können wir für viele Menschen einen positiven Effekt erzielen.

Weitere Wortmeldungen:

Ernst Danner (EVP): Wir unterstützen die Entwicklungshilfe der Stadt. Wir sind auch der Meinung, dass eine Erhöhung der in der Vergangenheit gesprochenen Summe geprüft werden sollte. Dabei handelt es sich aber um einen laufenden Prozess. Wir sind nicht der Meinung, dass der Betrag ad hoc und ohne genaues Wissen über die Verwendung erhöht werden soll. Wenn die entsprechenden Projekte und Beschlüsse vorhanden sind, kann dies geschehen. Bekanntlich gibt es nichts, dass stärker korrumpiert als Geld. Darum ist das Ausrichten von Geld nicht vollständig unproblematisch und darum müssen die unterstützten Projekte sehr gut vorbereitet sein und überwacht werden. Spontan zwei Millionen Franken mehr zu sprechen, beherbergt das Risiko, dass das Geld versandet. Darum sind wir der Meinung, dass der Antrag des Stadtrats unterstützt werden soll.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat nimmt auch mit dem Hintergrund der laufenden Diskussion über die eingereichte Initiative und der Diskussion in der Spezialkommission Finanzdepartement (SK FD) zur Kenntnis, dass es der voraussichtliche Wunsch und Wille des Parlaments ist, den Beitrag zu erhöhen. Die vorhandenen Strukturen und Ressourcen sind immer noch dieselben, wie beim gesprochenen Beitrag von 500 000 Franken: Eine Mitarbeiterin des Departementssekretariats, die etwa dreissig Stellenprozente einsetzt und eine Milizkommission, die damals vom Stadtrat gewählt wurde, um die mit 500 000 Franken unterstützten Projekte umzusetzen. Nun wird der ursprüngliche Betrag um das Zehnfache erhöht. So kann nicht mehr vollständig seriös gearbeitet werden. Ich muss dem Gemeinderat zu bedenken geben, dass deshalb die Strukturen angepasst werden müssen. Ich lehne den Aufbau eines Kompetenzzentrums im Departementssekretariat des Finanzdepartements ab; wir werden aber alle Lösungen prüfen, damit die Mittel seriös verteilt werden können. Bereits jetzt muss ein Kommissionsmitglied etwa fünfzig Gesuche berücksichtigen, was im ehrenamtlichen Modus beinahe nicht mehr zu bewältigen ist. Eine Verzehnfachung des Volumens wird für eine seriöse Bewältigung nicht gratis sein.

S. 158 20
2000
3638 00 101

FINANZDEPARTEMENT
Finanzdepartement Departementssekretariat
Beiträge zugunsten von Entwicklungsländern

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022. Antrag Stadtrat		2 000 000	3 000 000 5 000 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP)
	1 000 000		2 000 000 Minderheit 1	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
	3 000 000		0 Minderheit 2	Peter Schick (SVP) Referent
			Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung: SP/Grüne: Entwicklungshilfe vor Ort ist nachhaltig und sinnvoll; FDP: Keine kommunale Aufgabe, stufenweise zurückfahren, da kontraproduktiv; SVP: Keine kommunale Aufgabe			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Antrag Stadtrat	(3 000 000)	4 Stimmen
Antrag Mehrheit	(5 000 000)	81 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(2 000 000)	18 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>15 Stimmen</u>
Total		118 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 023.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): Hier geht es um eine Leistung der Stadt Zürich für die eigene Bevölkerung. Der Stadt geht es gut. Ihr Erfolg hat aber auch Schattenseiten. Er führt dazu, dass viele Menschen beim Verlust ihres Mietverhältnisses keine bezahlbare Wohnung mehr finden. Das führt zu der paradoxen Situation, dass gerade Menschen, die über lange Jahre hinweg zum Erfolg unserer Stadt beitrugen, zum Opfer des Erfolgs ihrer eigenen Stadt werden. Wir glauben, dass das nicht sein darf. Darum sind wir der Meinung, dass die Stadt mehr als bisher tun und mehr bezahlbare Wohnungen schaffen soll. Ein wirkungsvolles Instrument ist der Abschreibungsbeitrag für die Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (Stiftung PWG). Die Beiträge lagen in der Vergangenheit bereits bei fünf Millionen Franken, im Rahmen der Sparmassnahmen des Projekts 17/0 wurde der Beitrag auf drei Millionen Franken gekürzt. Mit einem deutlichen Überschuss im Budget ist nun die Zeit gekommen, um diese Kürzung wieder rückgängig zu machen. Dass der Betrag genutzt werden kann, zeigt die Rechnung des Jahres 2013: Damals wurden von den fünf Millionen Franken 4,96 Millionen Franken ausgeschöpft, mehr als 99 Prozent. Die Stiftung PWG kann diesen Beitrag sinnvoll für mehr bezahlbare Wohnungen einsetzen.

Përparim Avdili (FDP): Es liegt kein Antrag der Stiftung PWG vor. Auf Anfrage teilte der Stadtrat mit, dass für das Jahr 2018 zwar Anträge der Stiftung vorliegen – keine aber für das Jahr 2019. Er kommentiert zwar, dass offen sei, ob allenfalls noch weitere Anträge gestellt werden. Wenig Konkretes ist in den spärlichen Antworten und mit der Einsicht in die Zahlen, Daten und Fakten zu finden. Abschreibungen auf Reserve und ohne Beurteilung des entsprechenden Inhalts des Antrags erachten wir als nicht richtig und vor allem auch als nicht notwendig. Darum fordern wir die Gesamtstreichung dieses Budgetpostens.

Shaibal Roy (GLP): Entsprechend den Mechanismen des Liegenschaftenmarkts weiss man zum Zeitpunkt des Antrags natürlich noch nicht, welche Käufe potenziell im Jahr 2019 anstehen werden. Der Auftrag des Anteils eines Drittels an gemeinnützigen Wohnungen muss konsequent unterstützt werden. Der Betrag muss aber diskutiert werden; der Markt soll nicht gleichzeitig angeheizt werden. Ein Tiefzinsumfeld ist vorhanden und die Preise sind relativ hoch. Wir hoffen, dass das die Stiftung PWG nicht ausufernd ausnutzt. Darum bleiben wir beim Antrag des Stadtrats; den Betrag von drei

Vergangenheit und nun auch mit der Umstellung auf HRM2 anstanden. Ausserdem beschäftigen wir als Parlament die Finanzverwaltung oft. Die Kürzung zurückzuweisen, ist sinnvoll. Es gab einen Übertrag: Das Kompetenzzentrum Risiko- und Versicherungsmanagement wurde zusammengeführt, es kam also nicht etwa zu einer Netto-Erhöhung.

S. 162	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2015	Finanzverwaltung				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat				4 392 900	Mehrheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			219 600		4 173 300	Minderheit
						Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
						Abwesend Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Stellenwachstum und Lohnkostenanstieg bremsen. Reduktion um 5 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 025.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Im Bezug auf den Betrag in der Höhe von 348 600 Franken präsentierte sich die Beantwortung der Fragen leicht vernebelt; die Verwaltung gab sich zwar Mühe, beantwortete aber in Bezug auf die Umstellung auf HRM2 die Fragen eigentlich nicht gut. Vergleichszahlen wären vorhanden. In den letzten fünf oder zehn Jahren handelte es sich hierbei um ein anderes Konto. Jetzt werden an dieser Stelle Postgebühren, Meteorwassergebühren und Bewachungskosten verbucht. Die Minderheit ist der Auffassung, dass gekürzt werden kann und muss, weil das mit eigenen Ressourcen umgesetzt werden kann. Die Postgebühren können gesenkt werden, indem weniger Prospekte verschickt werden. Meteorwassergebühren sollen nicht mehr erhoben werden. Der Betrag kann mit gutem Gewissen eingespart werden.

Shaibal Roy (GLP): Es kann nicht erwartet werden, dass die Liegenschaftenverwaltung eigene Ressourcen verwenden soll, um Bewachungsaufgaben zu übernehmen, die temporär wegen Rückbauarbeiten des Zentralwäschereiareals notwendig wurden.

S. 168 20
2021
3130 00 000

FINANZDEPARTEMENT
Liegenschaftenverwaltung
Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
025.	Antrag Stadtrat			348 600 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		200 000		148 600 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung: Mit eigenen Ressourcen umsetzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 026. und 027. (Postulat GR Nr. 2018/481).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Mischa Schiow (AL) begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 665/2018): Hier geht es um das Migros-Provisorium am Kreuzplatz. Es handelt sich um einen architektonischen Wurf, wie er selten gelingt. Das Bauwerk fügt sich so harmonisch in die Umgebung ein, dass das Gefühl entsteht, dass es seit vielen Jahren Teil des Quartiers ist. Selten hat ein Gebäude einen sonst öden Platz so belebt und aufgezeigt, dass er sich zu einem wertvollen Begegnungsort wandeln kann. Seit die kleine Migros-Filiale dort steht, halten sich stets Menschen auf: Sie picknicken; es gibt eine Terrasse; man kann sich wohlfühlen. Das fassadenbegrünte Container-Bauwerk soll eine zeitliche Verlängerung und eine Umnutzung bekommen. Die Quartiere Hottingen und Riesbach verfügen über wenige Begegnungszentren, abgesehen vom Gemeinschaftszentrum (GZ) Riesbach, das aber in den nächsten Jahren saniert werden muss. Räumlichkeiten für Veranstaltungen sind keine vorhanden, so fehlen auch Übungsräume, beispielsweise für Musikgruppen. Die Nähe zu den Unterrichtsräumen der Musikschule plädiert für eine solche Nutzung, denn in diesem Areal gibt es keine Wohnbauten: Lärm soll und kann hier gemacht werden. Nicht zu vergessen ist die exzellente Anbindung zum öffentlichen Verkehr mit Bus, Tram und Forchbahn am Kreuzplatz. Das Migros-Provisorium wird noch bis Ende nächsten Jahres andauern; die Weichen für eine Um- und Weiternutzung müssen sehr schnell gestellt werden. Darum bitte ich sie, das Anliegen und den Projektierungskredit zu unterstützen.

Përparim Avdili (FDP): Auch wir sind der Meinung, dass der Stadtrat überprüfen soll, wie das Areal nach der Aufhebung des Migros-Provisoriums genutzt werden soll. Mit dem Vorschlag der AL sind wir aber nicht einverstanden. Der Raum ist dafür nicht geeignet; es fehlt an grundlegenden Dingen, beispielsweise an Toiletten. Vor allem steht in unmittelbarer Nähe ein Park als Begegnungsort zur Verfügung. Der Platz könnte beispielsweise als Schul- oder Wohnraum genutzt werden, was viel dringender gebraucht wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Das Postulat hört sich sympathisch an, ist jedoch nicht vollständig durchdacht, weshalb der Stadtrat das Postulat und den entsprechenden Antrag ablehnt. Die Migros hat auf eigene Kosten das Provisorium installieren lassen. Es handelt sich baurechtlich um ein befristetes Provisorium. Der Konzern hat sich der Klimaneutralität verpflichtet und plant dementsprechend, die Container in einem nächsten Provisorium in Dübendorf einzusetzen. Die Migros ist nun aber bereit, sie der Stadt zum Preis der Neubeschaffung für die Container für das Provisorium in Dübendorf zu überlassen. Dieser beträgt 2,5 Millionen Franken. Wer das tragen soll, ist vollständig offen. Dazu kommt, dass das Areal als Baustellenzugriff für das vierte Gleis am Bahnhof Stadelhofen genutzt werden soll. Es liegt, zumindest bei einer Planung, direkt oberhalb der Verzweigung. Auch wenn die Führung noch geändert werden soll: Es gibt wenige Orte, an denen es möglich ist, für eine solch grosse Baustelle einen Zugriff zu erstellen. Das Quartier ist nicht arm an Begegnungsmöglichkeiten, so befindet sich etwa das Artergut in der Nähe. Auch mussten wir aufgrund des grossen Drucks aus dem Quartier dafür sorgen, dass das bereits vorher dort stattfindende Urban Gardening weiterhin gewährleistet wird. Es ist unzweckmässig und unverhältnismässig, für wenige Jahre für die überaus hohen Kosten eine sympathische, aber nicht konkrete Nutzung umzusetzen.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Wir halten es für relativ teuer, für rund fünf Jahre den Pavillon für 2,5 Millionen Franken zu kaufen, auch wenn die Idee eines Musik-Pavillons gut ist. Wegen der beschränkten zeitlichen Nutzung können wir das Postulat und den Antrag jedoch nicht unterstützen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Das Problem der Kreuzplatzes ist, dass es sich um eine Kreuzung handelt und darum die Aufenthaltsqualität schwer darunter leidet. Gerade vor diesem Hintergrund ist die rückwärtsversetzte, entschleunigte und vertikal begrünte Zwischennutzung auf der Kreuzbühlwiese umso interessanter. Es verwundert dementsprechend nicht, dass der neu entdeckte Stadtraum nicht wieder aufgegeben werden will. Denn Orte mit Aufenthaltsqualität sind immer noch rar und ziehen uns an, auch wenn sie klein sind. Wir unterstützen darum das Postulat und damit den beantragten Projektkredit zur Prüfung, ob das Migros-Provisorium nach dem Bezug ihres Neubaus im Spätsommer 2019 weiterhin genutzt werden kann. Auch wenn die weitere Nutzung als Zwischennutzung bezeichnet werden muss, bringt der Standort genügend Quartieraufwertungspotenzial mit sich, sodass die Investition als nachhaltig bezeichnet werden kann. Die Feststellung, dass es im Quartier sowohl an Begegnungsorten als auch an musikalischem Übungs- und Veranstaltungsraum fehlt, teilen wird. Dennoch wollen wir beliebt machen, dass für die Zwischennutzung das Augenmass nicht verloren werden soll und die Infrastruktur zweckdienlich und nicht im Wunsch-dir-was-Stil ausgestaltet wird. Der Preis ist verantwortbar, weil wir glauben, dass der Bau mit geringfügigen Anpassungen einsatzfähig sein wird. Wir sind ausserdem der Meinung, dass die Stadt in ihrer steten Rochadenplanung Verwendung für die Bauten finden wird, wenn die SBB den Ort für ihre Grossbaustelle am Bahnhof Stadelhofen brauchen wird.

Marianne Aubert (SP): Wir prüften den Standort und das Provisorium und waren von seiner ausserordentlichen Qualität überzeugt: sowohl von der Grünraumqualität auf dem Dach als auch von der architektonischen Ausstrahlung und dem durch die Zurückversetzung entstandenen neuen Aufenthaltsraum. Dies alles entstand an einer Kreuzung, an einem Ort, der eigentlich ein Un-Ort ist. In Bezug auf die 2,5 Millionen Franken signalisierte die Migros, dass sie bereit ist, einen Kompromiss einzugehen. Aus

dem Migros-Provisorium wird ein Kultur-Provisorium in einer grünen Hülle.

Simon Kälin-Werth (Grüne): Das Provisorium weiter zu nutzen, mag aus grüner Sicht auf den ersten Blick eine gute Idee sein, zumal auch eine kulturelle Nutzung angedacht ist. Es darf nicht vergessen werden, dass es vor dem Bau des Provisoriums ein Un-Ort war. Es ist meine und überwiegend die Meinung der Grünen, dass in einem Quartier auch Un-Orte bestehen dürfen: Orte, an denen noch Hecken wachsen. Bereits vorher standen dort Sitzbänke. Es handelt sich um eine auch von der GLP erwähnte Entschleunigung. Nicht jede Entschleunigung braucht eine künstliche Belebung mit zusätzlichen Aktivitäten. Der Platz wurde von der Quartierbevölkerung bereits seit langer Zeit genutzt. So fand dort etwa das Projekt Merkurgarten bereits vor dem Migros-Provisorium statt. Eine teure Lösung ist nicht notwendig, gerade auch, da es eine möglicherweise sehr teure Lösung sein wird, die nur für eine kurze Übergangszeit genutzt werden kann. Die Natur im Quartier braucht kleine Orte, an denen sie wachsen darf, ohne dass das mit einem Kulturbetrieb geregelt wird.

Mischa Schiowow (AL): Ich wuchs im Quartier auf und kann darum bestätigen, dass dieser kleine Platz von niemandem genutzt wurde. Die Blumenzüchter waren tatsächlich dort und befinden sich heute auf der Dachterrasse des Provisoriums. Vielleicht würden aber auch die Jugendlichen die Terrasse nutzen wollen, darüber kann noch gesprochen werden. Die Kosten von 2,5 Millionen Franken schliessen auch den Rückbau sowie die gesamte Gebäudetechnik ein. Das sind etwa auch die Kühlräume, die wir wohl nicht brauchen werden. Ich bin überzeugt, dass im Gespräch mit der Migros ein Weg gefunden werden kann, den Preis zu reduzieren.

S. 168 20
2021
3439 50 000

FINANZDEPARTEMENT
Liegenschaftsverwaltung
Planungen und Projektierungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
026.	Antrag Stadtrat			200 000 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Peter Schick (SVP)
			40 000	240 000 Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung:	Übernahme Migros-Provisorium auf dem Areal zwischen der Jugendmusikschule und dem Tonhalle-Magazin (Zeltweg 83) zur Weiternutzung z. B. als Begegnungs- und Musikzentrum. Mittel für Planung			

Mischa Schiowow (AL) stellt den Antrag der Mehrheit neu auf Konto Nr. 3439 50 000, Planungen und Projektierungen Dritter.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 70 gegen 51 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

693. 2018/481**Postulat von Mischa Schiow (AL) und Marianne Aubert (SP) vom 06.12.2018: Nutzung des Migros-Provisoriums an der Kreuzstrasse in Zürich-Hottingen als Quartier- und Begegnungszentrum sowie als Übungs- und Veranstaltungsort**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Mischa Schiow (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 665/2018).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/351, Beschluss-Nr. 692/2018, Antrag Nr. 026.

Das Postulat wird mit 63 gegen 43 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 028.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Die Stadt Zürich gibt insgesamt 47 Millionen Franken für externe Fachkräfte aus. Die Minderheit ist der Auffassung, dass hier eine Kürzung von zwanzig Prozent möglich ist. Der grösste Betrag auf dem Konto sind IT-Leistungen Dritter in der Höhe von über einer Million Franken. Es stellt sich die Frage, warum die OIZ mit ihren vielen Mitarbeitern diese IT-Leistung nicht selbst ausführen konnte.

Shaibal Roy (GLP): Es handelt sich hier um ein umfangreiches Liegenschaften-Portfolio. Ein grosser Anteil an IT-Leistungen Dritter wie auch Beratungsleistungen Dritter werden hier gebraucht. Der vom Stadtrat beantragte Betrag ist angebracht.

S. 168 20
2021
3132 00 000

FINANZDEPARTEMENT
Liegenschaftenverwaltung
Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
028.	Antrag Stadtrat			1 559 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		311 800		1 247 200 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung:	Reduktion um 20 %. Mit eigenen Ressourcen umsetzen. Weniger externe Berater, Gutachter und Fachexperten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 029.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Urs Fehr (SVP): Hier geht es uns um die Bremsung des Stellenwachstums und des Lohnkostenanstiegs. Wir sind der Meinung, dass der Betrag nach einer Reduktion um fünf Prozent immer noch ausreichend gross ist.

Shaibal Roy (GLP): Mit der Umstellung auf HRM2 wurden die Buchungskreise neu aufgeteilt. Darum ist es schwierig, zu beurteilen, was vorher und was nachher war. Eine Frage der SVP war, wie viele Stellenprozente auf welche Funktionsstufen verteilt sind. Unter Geheimhaltung bekamen wir diese Frage beantwortet und mussten unter Geheimhaltung darüber beschliessen. Daraus ergab sich dieser Antrag. Wie dieser aber zustande kam, ist nicht erschiessbar, weshalb die Mehrheit die Ablehnung beantragt.

S. 173	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2034	Wohnen und Gewerbe				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
029.	Antrag Stadtrat				7 040 800	Mehrheit
			352 000		6 688 800	Minderheit
						Abwesend
			Begründung: Stellenwachstum und Lohnkostenanstieg bremsen. Reduktion um 5 %			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 030.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): Bei diesem Betrag geht es um 96 000 Franken; eine Machbarkeitsstudie für eine Wohnbausiedlung. Wir sind der Auffassung, dass bei der grossen Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch intern daran gearbeitet werden kann, weshalb wir um 19 000 Franken auf das Budget des Jahres 2018 zurückkürzen wollen.

Shaibal Roy (GLP): Die Honorare für externe Berater werden von der Verwaltung mit den Ausgaben für die Machbarkeitsstudie für allfallende Renovationen verschiedener Liegenschaften begründet. Wir schätzen das als gut begründet ein, der Betrag soll so verwendet werden.

S. 174 **20**
2034
3132 00 000

FINANZDEPARTEMENT
Wohnen und Gewerbe
Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
030. Antrag Stadtrat			96 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	19 000		77 000 Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
			Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
			Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
Begründung: Zurück auf Budget 2018. Mit eigenen Ressourcen umsetzen. Weniger externe Berater, Gutachter und Fachexperten				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 031.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Vor einem Jahr besprachen wir den Umbau eines Objekts an der Badenerstrasse mit vier Wohnungen und einem Gewerberaum. Wir gaben damals den Auftrag, das Projekt zu überarbeiten, um einen realistischen Preis für den Umbau zu schaffen. Entsprechend den Design-to-cost-Prinzip erfolgte die Neuplanung und der Preis pro 4-Zimmer-Wohnung wurde von einem wertvermehrenden Anteil von 450 000 auf 415 000 Franken pro Wohnung gesenkt. Das sind nach wie vor sehr hohe Investitionen in eine Sanierung einer Wohnung, ohne dass dabei Luxuswohnungen oder Eigentumstandards entstehen. Entweder muss eine andere Finanzierung oder ein alternatives Vorgehen gefunden werden. Hierbei handelt es sich nicht um eine Kritik an der Liegenschaftenverwaltung oder an STR Daniel Leupi. Bei solchen Sanierungsprojekten muss grundsätzlich über die Bücher gegangen werden. Es geht nicht um die Mietzinse, die mit 2100 bis 2200 Franken günstig sind. Aber bei einem Objekt im Kreis 4, an einem Hotspot, sollten sinnvoll saniert und tiefere Mieten verlangt werden; das sollte zumindest versucht werden. Der eingeschlagene Weg verhindert das.

Shaibal Roy (GLP): Die Liegenschaft an der Badenerstrasse 110 war bereits im letzten Jahr ein Thema: Wir sprachen uns für eine Überarbeitung des Projekts aus. Nun wurden wesentliche Kürzungen vollzogen, etwa die Aussendämmung des Innenhofs. Das Projekt wurde redimensioniert. Neu kommt es zu höheren Mieten, die aber immer noch günstige Mieten sind. Wir sind der Meinung, dass der Umbau bei einem Objekt in einem solch desolaten Zustand nicht ohne wertvermehrenden Anteil ausgeführt oder reduziert werden kann. Wir wollen, dass das Projekt mit den immer noch tragbaren Mieten nun endlich ausgeführt wird. Wir lehnen eine weitere Kürzung und somit ein weiteres Hinausschieben ab.

Weitere Wortmeldung:

Urs Fehr (SVP): *Wir wechseln von der Mehrheit in die Minderheit, vor allem auch als Reaktion auf das überzeugende Votum von Shaibal Roy (GLP).*

S. 174	20 2034 3144 00 000	FINANZDEPARTEMENT Wohnen und Gewerbe Unterhalt Hochbauten, Gebäude				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
031.	Antrag Stadtrat				39 628 500	Minderheit
			612 000		39 016 500	Mehrheit
						Abwesend
			Begründung:	Badenerstrasse 110: Projektanpassung. Reduktion des wertvermehrenden Anteils pro Wohnung (< Fr. 300 000) oder Sonderabschreibung auf übersetzten Baukosten		
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Severin Pflüger (FDP), Walter Angst (AL) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Peter Schick (SVP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 69 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 032.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Götzl (SVP): *Von den Antworten in Bezug auf die Verwendung dieses Betrags erwartete ich, dass wahrscheinlich ein Spitzenkoch der Stadt erklärt, wie man sich nachhaltig und gesund ernährt. Dem ist nicht so. Die Positionen bestehen aus Ingenieurbüro-Abklärungen, Gebäudeschäden-Begutachten und Rechtsberatungen. Bei Rechtsberatungen und Ingenieur-Abklärungen sind wir der Meinung, dass wir bereits über genügen Mitarbeiter verfügen, die das intern bearbeiten können. Dementsprechend stellten wir den Antrag einer Reduktion von zwanzig Prozent.*

Shaibal Roy (GLP): *Das Konto erfuhr praktisch keine Erhöhungen gegenüber dem Jahr 2018, die Mehrheit lehnt dementsprechend den Antrag ab.*

S. 178	20 2035 3132 00 000	FINANZDEPARTEMENT Gastronomie Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
032.	Antrag Stadtrat				125 000	Mehrheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)

25 000	100 000	Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent
		Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
Begründung:	Reduktion um 20 %. Mit eigenen Ressourcen umsetzen. Weniger externe Berater, Gutachter und Fachexperten		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 28, Beschluss-Nr. 692/2018).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

694. 2018/495

Postulat von Roger Tognella (FDP) und Andreas Egli (FDP) vom 12.12.2018: Sistierung der verkehrspolitischen Entscheide des Stadtrats im Zusammenhang mit dem Beschluss der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt des Kantonsrats (KEVU) zur Änderung des kantonalen Strassengesetzes

Von Roger Tognella (FDP) und Andreas Egli (FDP) ist am 12. Dezember 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie nach dem Entscheid der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt des Kantonsrats (KEVU), welche im Zusammenhang mit Anträgen zur Änderung des kantonalen Strassengesetzes verschiedene parlamentarische Initiativen zuhanden des Kantonsrats verabschiedet hat, anstehende Entscheide in der Verkehrspolitik des Stadtrates zu sistieren sind.

Begründung:

Der Stadtrat hat in seiner Medienmitteilung vom 7. Dezember 2018 auf die tags zuvor publik gewordenen Anträge zur Änderung des kantonalen Strassengesetzes mit Befremden reagiert. Er hat in seiner Medienmitteilung seine Erwartung zum Ausdruck gebracht, bei der Vernehmlassung angehört zu werden.

Im Gegenzug darf der Kanton von der Stadt Zürich erwarten, dass in der Zeit bis zur Vernehmlassung und gegebenenfalls bis zu einer neuen Gesetzesvorlage keine Entscheide in der Verkehrspolitik des Stadtrates, insbesondere keine einschränkenden Entscheide wie Parkplatzaufhebungen und T30 Beschränkungen auf den Hauptverkehrsachsen, erfolgen.

Entsprechende anstehende Entscheide in der Verkehrspolitik des Stadtrates sind zu sistieren.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

695. 2018/496

Schriftliche Anfrage von Alexander Brunner (FDP), Martina Zürcher (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 12.12.2018:

Ersetzung des Abfallkübels «Abfall-Hai» durch das Modell «Züri-Kübel 110 Liter», Angaben zu den getätigten und geplanten Beschaffungen und den damit verbundenen Kosten sowie Gründe für die Ersetzung durch das neue Modell und die Herstellung in Eigenregie

Von Alexander Brunner (FDP), Martina Zürcher (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden ist am 12. Dezember 2018 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das ERZ hat gemäss Zeitungsbericht einen neuen Abfallkübel mit Namen «Züri-Kübel 110 Liter» entwickelt. Dieser soll den altbewährten und preisgekrönten «Abfall-Hai» von einem privaten Anbieter ersetzen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele der alten «Abfall-Hai» Kübel wurden insgesamt beschafft?
2. Wie viele neue «Züri-Kübel» sollen in den nächsten drei Jahren beschafft werden?
3. Wieviel kostet ein Exemplar des neuen «Züri-Kübel» und des «Abfall-Hai»?
4. Wie hoch waren die gesamten Entwicklungskosten für den «Züri-Kübel»?
5. Wurde der bisherige Hersteller des «Abfall-Hai» für eine Neuanfertigung berücksichtigt?
6. Was ist der Grund für den neuen Kübel?
7. Was sind die Verbesserungen gegenüber dem «Abfall-Hai»?
8. Gibt es noch weitere Objekte des öffentlichen Raums, die in Zukunft nicht mehr von Privatbetrieben, sondern in Eigenregie hergestellt werden sollen?
9. Falls ja, was sind die Kriterien für eine Herstellung in Eigenregie der Stadt Zürich?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 12. Dezember 2018, 21 Uhr.